

# KFG Bundesvorsitzender Willy Schnieders zeigt die Fehler auf

"Die Verantwortlichen in der Transportbranche haben die seit 1999 entstandene und bekannte Situation bis zum heutigen Tag ignoriert und nichts unternommen um mit geeigneten Mitteln gegenzusteuern“, so der Bundesvorsitzende der Kraftfahrgewerkschaft (KFG) Willy Schnieders aus Emstek in Niedersachsen. "Die Speditionen haben keinerlei zukunftsorientierte Personalplanungen unternommen und es versäumt junge Menschen in einer dreijährigen Ausbildung zum Berufskraftfahrer zu qualifizieren."

Schnieders stellt weiter fest, dass die schlechten Arbeitsbedingungen, die geringen Löhne bei den Transportunternehmen und die fehlende gesellschaftliche Anerkennung des Fahrerberufes einen Hauptgrund sind, dass es zu wenig Fahrernachwuchs gibt. Dazu kommen noch die sehr hohen Kosten für die Führerscheinbewerber. Weiter beklagt der Bundesvorsitzende der KFG, die negative Berichterstattung in den Medien.

"Als langjähriger Berufskraftfahrer sehe ich den Beruf des Kraftfahrers immer mehr als "*Sklave der Landstraße*“ an so der Bundesvorsitzende der KFG. Bedingt durch den harten Wettbewerb und immer größer werdenden Kostendruck, ist vielen Unternehmern nicht bewusst, dass die Anforderungen an den Fahrer zunehmend steigen. Der Fahrer muss neben dem eigentlichen Fahrdienst auch zahlreiche Nebentätigkeiten, wie Zollabwicklungen, Kundenkontakte oder Fahrzeugpflege und vielfach sogar das Be- und Entladen bewältigen.

Willy Schnieders, "Obwohl es nach den Bestimmungen der Sozialvorschriften verboten ist, werden besonders bei den großen Handelsketten (Aldi, Bunting, Edeka, Lidl, Metro, Kaufland, Real und viele Andere) die betriebsfremden LKWfahrer zur Be- und Entlade Arbeiten herangezogen.“ Die Arbeitgeber aus dem Transport – und Speditionsgewerbe können auf keinen Auftrag verzichten und werden trotz der Fürsorgepflicht nicht Partei für den Fahrer ergreifen und ihn vor der gesetzwidrigen Ausnutzung durch den Kunden schützen. Der Fahrer selbst kann sich nicht wirksam wehren, da er gerade in wirtschaftlich schwieriger Zeit auf den Arbeitsplatz angewiesen ist und ansonsten Gefahr läuft, bei einer Verweigerung der Entladung arbeitslos auf der Straße zu stehen, beklagt seit Jahren die Kraftfahrgewerkschaft (KFG) im CGB.

Der Bundesvorsitzende der KFG Willy Schnieders beklagt insbesondere, das ein Fahrzeuglenker nach der Verordnung EWG Nr.3820/85 die Lenk- und Ruhezeiten einhalten muss, interessiert anscheinend weder die Auftraggeber im Transportgewerbe noch die zuständigen Kontrollorgane. Bis jetzt hoffen die Berufskraftfahrer vergeblich auf die Hilfe des Gesetzgebers und seinen Behörden. Schnieders wörtlich "Ich wage zu behaupten, dass die zuständigen Behörden und besonders die Politiker, die für diesen Bereich zuständig sind, davon Wissen und nichts unternehmen! Aber auch rein gar nichts! Mir stellt sich nun die Frage: Was mögen hier wohl die Gründe sein?"

Gewerbeaufsichtsämter kontrollieren im Allgemeinen die Einhaltung der gesetzlichen Auflagen für das Fahrpersonal sehr streng, machen aber keine Anstalten, den beruflich tätigen LKW – Fahrer vor Fremdbestimmung, wie dieses bei den großen Konzernen üblich ist, zu schützen oder gar gegen diese vorzugehen. Bei einer Straßenkontrolle wird der Fahrzeugführer für Verstöße gegen die Lenk – und Ruhezeiten unnachtsichtig zur Verantwortung gezogen, obwohl er eigentlich die wenigste Schuld auf sich geladen hat.

Die großen Handelsunternehmen verdienen Milliarden an Gewinnen auf dem Rücken der LKW – Fahrer. Wenn diese Firmen eigenes Be – und Endladepersonal einstellen würden, was zwingend

erforderlich wäre, würden nicht nur mehrere Tausende Dauerarbeitsplätze geschaffen werden, es könnten auch jede Menge Steuern und Abgaben in die Bundes – und Landeshaushalte, sowie in die leeren Kassen der Sozialversicherungen fließen! So wird der Berufszweig des Kraftfahrers, ohne eigenes Zutun sogar zum Arbeitsplatzvernichter. Mir unverständlich, wo doch auf politischer Ebene ein großes Interesse an Dauerarbeitsplätzen da sein müsste. Hier liegt meines Erachtens ein großes Potenzial, was aus nicht nachvollziehbaren Gründen für uns Berufskraftfahrer, aber sicher auch für den Arbeitssuchenden Bürger nicht genutzt wird.

Die Berufskraftfahrer brauchen mehr Schutz des Gesetzgebers vor Ausbeutung durch die Arbeitgeber, vor Diskriminierung durch die Gesellschaft und endlich annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen. Willy Schnieders fordert auch, dass Frauen und Männer die den Beruf des Kraftfahrers ergreifen wollen, sehr deutlich von den Kosten der Aus- und Weiterbildung entlastet werden.